

1 **Beschluss B-01; Ordentlicher Landesparteitag der NRWSPD, 23. Juni 2018:**

2 **Beste Bildung – reloaded. Herausforderungen meistern. Haltung zeigen.**

3 Die Zeit ist reif für Veränderungen. Unsere Gesellschaft verändert sich rasant. Digitalisierung,  
4 Automation (Künstliche Intelligenz) und Globalisierung stellen die Gesellschaft und damit  
5 auch das Bildungssystem vor enorme Herausforderungen. Besonders das Schulsystem muss  
6 sich anpassen und eine radikale Neustrukturierung vornehmen. Die SPD steht für  
7 Gerechtigkeit, Teilhabe und Fortschritt und muss sich damit auseinandersetzen, was  
8 Bildungsteilhabe in Zusammenhang mit Zuwanderung, demografischem Wandel, steigender  
9 Kinderarmut, Geschlechtergerechtigkeit, wachsender Heterogenität und den  
10 Herausforderungen der Arbeitswelt 4.0 eigentlich bedeutet. Die Aufgaben der Schule gehen  
11 weit über eine reine Wissensvermittlung hinaus und werden immer anspruchsvoller. Dass  
12 Schulkollegium der Zukunft wird aus Lehrpersonal und weiteren (pädagogischen)  
13 Fachkräften bestehen, die Hand in Hand arbeiten müssen, um unsere Kinder und  
14 Jugendlichen auf ihre Zukunft vorzubereiten. In diesem Zusammenhang denken wir das  
15 Bildungssystem neu.

16 **Dieser Antrag ist ein erster Zwischenschritt. Er fasst in Stichpunkten zusammen, in**  
17 **welchen bildungspolitischen Themen weitgehend Einigkeit über die grundsätzliche**  
18 **politische Ausrichtung und nächste konkrete Schritte und Forderungen gibt. Er beschreibt**  
19 **aber auch die - wenigen – politischen Grundsatzentscheidungen, die in der**  
20 **bildungspolitischen Debatte vor uns liegen. Die unterschiedlichen Einschätzungen und**  
21 **Konfliktpunkte, die hier in unserer eigenen Partei vorhanden sind, wollen wir offen**  
22 **ansprechen und Diskussionsräume schaffen, in denen wir diese Konflikte auch**  
23 **thematisieren und die Argumente, mit Respekt vor den jeweils unterschiedlichen**  
24 **Zugängen und Haltungen zum Thema, austauschen. Am Ende steht dann natürlich die**  
25 **Entscheidung der Partei auf einem Parteitag. Der Landesvorstand wird deshalb beauftragt**  
26 **bis spätestens Sommer 2019 ein Grundsatzpapier zur „Bildung der Zukunft - Zukunft der**  
27 **Bildung“ für Nordrhein-Westfalen vorzulegen.**

28 Dabei müssen Antworten auf die zentrale Frage gefunden werden, welche Fähigkeiten und  
29 Kompetenzen Kinder und Jugendlichen in der Schule lernen müssen, um bestmöglich auf  
30 ihre berufliche Zukunft vorbereitet zu sein? Aber gleichzeitig auch, welche sozialen,  
31 emotionalen und politischen Fähigkeiten müssen erlernt werden, um als mündige  
32 Bürger\*innen die Gesellschaft mitzugestalten. In diesem Zusammenhang müssen soziale-  
33 emotionale Kompetenzen auch durch andere Formen des „Unterrichts“ vermittelt werden  
34 können, der weit über den „klassischen“ Unterricht hinausgeht. Beispielhaft sollen hier nur  
35 Theater- und Chorangebote, Sportangebote, Angebote für soziales Engagement in der  
36 Stadt/Stadtteil oder Dorf, sowie Angebote zur politischen Bildung genannt werden. Hier  
37 lernen Kinder und Jugendliche sich und ihre individuellen Fähigkeiten nochmal ganz neu  
38 kennen und entdecken persönliche Stärken und Schwächen. Auch hier muss Schule fördern.

39 Dies ist von besonderer Bedeutung, wenn Kinder und Jugendliche einen Großteil ihres Tages  
40 in der Schule verbringen. Bereits im Jahr 1992 hat der ehemalige Ministerpräsident Johannes  
41 Rau, die Bildungskommission NRW unter dem Titel *Zukunft der Bildung- Schule der Zukunft*  
42 berufen. Die damaligen sozialen, wirtschaftlichen und technologischen Umbrüche, die auf  
43 einen historischen Einschnitt hindeuteten, haben deutlich gemacht, dass das Bildungssystem  
44 sich verändern muss, um den neuen Herausforderungen gerecht zu werden. Bereits damals  
45 wurden die Ausgaben für Aus- und Weiterbildung als Zukunftsinvestitionen beschrieben und  
46 Bildung als ein Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung verstanden. Die damaligen Visionen  
47 und das neue Verständnis von Schule sind bis heute zeitgemäß. Die Herausforderungen  
48 haben sich beispielsweise durch Digitalisierung und den Wandel des Arbeitsmarktes  
49 nochmal deutlich verschärft. Daher ist es umso drängender das die NRWSPD sich intensiv  
50 mit dem Thema Bildung beschäftigt und neue Konzepte präsentiert, in dem alle Kinder und  
51 Jugendlichen bedacht werden. Dies ist die soziale Verantwortung der SPD in NRW. In diesem  
52 Zusammenhang hat die NRWSPD zuletzt im August 2007 ihre bildungspolitischen  
53 Forderungen in eine gemeinsame Positionierung unter dem Titel „Beste Bildung für alle“  
54 zusammengeführt. Während der Regierungszeit war die NRWSPD bei bildungspolitischen  
55 Themen kaum mehr erkennbar und hat an Profil verloren, daher wurde nach der  
56 Landtagwahl im Mai 2017 durch den Landesvorstand die Arbeitsgruppe „Beste Bildung NRW  
57 – ein Leben lang“ eingesetzt. Gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB),  
58 sollten die Fehler der Vergangenheit analysiert und aufgearbeitet werden, um dann den  
59 Prozess der Neuausrichtung für die nächsten 2 Jahre zu gestalten.

#### 60 **Beste Bildung NRW – ein Leben lang**

61 Für uns ist Bildungspolitik ein Instrument für mehr Chancengleichheit in unserer  
62 Gesellschaft, wir wollen uns mit der wachsenden Ungleichheit in Deutschland nicht  
63 abfinden. Damit Bildungspolitik zu einer umfassenden Chancenpolitik wird, muss sie auf  
64 allen Ebenen, vor allem vor Ort in den Stadtteilen und Quartieren, noch viel besser mit  
65 Jugend-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik verzahnt werden. Freier Zugang zu guter Bildung ist  
66 eine Kernforderung der Sozialdemokratie. Wir finden uns nicht damit ab, dass Menschen  
67 nach ihrer Herkunft beurteilt werden und wollen, dass jedeR die bestmögliche Bildung  
68 erhalten kann. Berufliche und akademische Bildung sind uns gleich wichtig - Bildung muss  
69 unabhängig vom eingeschlagenen Weg gebührenfrei sein: von der Kita bis zur Hochschule  
70 und zum Meister.

71 Unser Ziel ist klar: Jedes Kind soll entsprechend seiner Talente und Begabungen gefördert  
72 werden. Beste Bildung beginnt im frühen Alter und sorgt im Lebenslauf dafür, dass alle  
73 Menschen, immer dann, wenn es notwendig ist, eine weitere Chance erhalten. Wir haben  
74 ein umfassendes Bildungsverständnis und wollen alle Bildungsinstitutionen von der Kita bis  
75 zur Weiterbildung weiter stärken.

#### 76 **Bildungsfinanzierung**

77 Trotz aller Anstrengungen ist das Bildungssystem in NRW weiter unterfinanziert. Die SPD  
78 muss einen Plan entwickeln, eine auskömmliche finanzielle Ausstattung sicherzustellen und  
79 die Prioritäten im Bildungsbereich nicht nur auf Parteitagern, sondern im Regierungshandeln  
80 umzusetzen.

81 Gerade weil die Finanzen nicht hinreichend sind, muss zielgenau nach Aufgaben und Bedarf  
82 finanziert werden. Durch die Mitfinanzierung aus dem Bundeshaushalt werden sich hier  
83 sicher in den kommenden Jahren neue Spielräume auftun. Unser Ziel ist es, das Land  
84 Nordrhein-Westfalen wieder ins Mittelfeld des Länderranking bei den Bildungsausgaben  
85 zurückzubringen. Dabei bestehen wir auf die konsequente Anwendung des Sozialindex zur  
86 zielgenauen Förderung ungleicher Ausgangslagen in den verschiedenen Bildungsregionen.

### 87 **Frühkindliche Bildung**

88 Die Kindertageseinrichtungen sind der erste Prüfstein für Chancengleichheit und die  
89 individuelle Entwicklung von Kindern. Die ersten sechs Jahre innerhalb einer  
90 Bildungsbiografie sind entscheidend. Durch möglichst frühzeitige Förderung können  
91 mögliche Defizite und damit verbundene Nachteile deutlich verringert werden. Für eine  
92 qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung muss diese Ausgabenpyramide umgekehrt  
93 werden. Wir wollen auch analysieren, warum sich die ausgleichenden Effekte der  
94 Elementarbildung im weiteren Bildungsverlauf scheinbar abschwächen und welche  
95 Instrumente sich auf die Primar- und Sekundarstufe übertragen lassen.

96 Der entscheidende Indikator für Qualität im Elementarbereich ist neben der Qualifikation  
97 des Personals, eine verbesserte Erzieher\*innen-Kind-Relation, die sich an wissenschaftlichen  
98 Kriterien orientiert. Die Rahmenbedingungen für Erzieher\*innen müssen sich weiter  
99 verbessern. Ihre Bezahlung muss widerspiegeln, dass es sich ähnlich wie beim Lehrerberuf,  
100 um eine entscheidende pädagogische Tätigkeit handelt. In der Ausbildungsphase muss eine  
101 Vergütung der angehenden Erzieher\*innen die Regel sein, wie dies heute bereits im Rahmen  
102 der Praxisintegrierten Ausbildung (PIA) stattfindet.

103 Noch immer spielen Einkommen und Bildungsstand der Eltern eine entscheidende Rolle in  
104 Bezug auf Bildungsbeteiligung und Bildungserfolg. Diesen Kreislauf gilt es frühzeitig zu  
105 durchbrechen. Dafür ist der Ansatz „Ungleiches ungleich zu behandeln“ fortzuführen. Ein  
106 gutes Beispiel, wie dies gelingen kann, ist die zusätzliche Förderung von plusKita-  
107 Einrichtungen sowie die sozialindexbasierte Verteilung von Mitteln für Familienzentren und  
108 Sprachförderung. Die NRWSPD steht zu dem vorbeugenden Ansatz „Kein Kind zurücklassen“  
109 und setzt sich für die konsequente landesweite Förderung kommunaler Präventionsketten  
110 ein. Dafür ist über alle Bildungsebenen hinweg die Jugendhilfe ein entscheidender Akteur.

### 111 **Außerschulische Bildung**

112 Aus Sicht der SPD wäre es verfehlt, Bildung rein im institutionellen Kontext zu betrachten.  
113 Das Recht auf Bildung und Erziehung zielt ebenso auf das kindliche Wohlbefinden und die  
114 Entwicklung einer eigenständigen Persönlichkeit ab. Dies wird häufig in außerschulischen

115 Lernprozessen vermittelt, die daher mindestens ebenso bedeutend sind wie formale  
116 Bildung. Deshalb braucht es neben Kitas, Tagespflege, Familienzentren oder Grundschulen,  
117 Orte des non-formalen Lernens im Umfeld. Noch immer sind Teilhabechancen ungleich  
118 verteilt. Dies zu überwinden setzt eine enge und kooperative Beziehung von  
119 Bildungsinstitutionen, Jugendhilfe sowie offener und verbandlicher Jugendarbeit voraus.  
120 Mittelfristig müssen auch Schule und Jugendhilfe viel enger verzahnt werden, als es bisher  
121 der Fall ist.

122

### 123 **Guter Ganzttag**

124 Dem wachsenden Bedarf an qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung, auch um die  
125 Vereinbarkeit von Beruf und Familie gerecht zu werden, müssen wir durch den weiteren  
126 Ausbau von Kita und Offenen Ganzttagsschulen gerecht werden. Wir definieren den Ganzttag  
127 nicht nur als Betreuungsprogramm, sondern als elementaren Bestandteil für beste Bildung.  
128 Der gebundene Ganzttag ist ein wichtiges Instrument für Chancengleichheit und individuelle  
129 Förderung. Wir wollen dabei die positiven Erfahrungen des „Offenen Ganztags“ für alle  
130 Schulformen nutzen und ihn somit fit für die Zukunft machen: neue Formen des  
131 verbindlichen Ganztags, bestehend aus Kern- und Wahlzeiten sollen mehr Zeit für eine  
132 qualitative Betreuung, mit kreativen und kindgemäßen Angeboten und für rhythmisierte  
133 Ganztagsangebote realisieren. Der im Koalitionsvertrag erreichte Rechtsanspruch ab 2025  
134 muss deshalb ein Bildungs- und kein Betreuungsanspruch sein! Um diesem qualitativen  
135 Anspruch an den Ganzttag gerecht zu werden benötigen wir multiprofessionelle Teams an  
136 allen Schulen, die Angebote für die Schüler\*innen gestalten. Neben verschiedenen  
137 fachlichen Qualifikationen von nicht lehrendem Personal, wird ebenso das Engagement der  
138 Lehrkräfte gefordert sein. Darüber hinaus sollen die häufig schon bestehenden  
139 Kooperationen mit Vereinen und Verbänden, im Umfeld der Schulen, ausgebaut und  
140 verstetigt werden.

141 Ein letzter wichtiger Aspekt sind die Arbeits- und Rahmenbedingungen des nicht lehrenden  
142 Personals in den Schulen. Zum einen müssen die Mitarbeiter\*innen als vollwertige  
143 Teammitglieder im Schulkollegium verstanden werden. Darüber hinaus muss diese wichtige  
144 Arbeit fest im Bildungssystem verankert werden. Dazu gehört auch, dass die dauerhafte  
145 Refinanzierung zukünftig geklärt werden muss und die Projektfinanzierung aufhört. Klar ist  
146 dabei für uns, dass die weiteren Professionen in den Schulteams zusätzlich zu den in  
147 benötigten Lehrerinnenstellen eingesetzt werden müssen.

148

### 149 **Lehrer\*innenbesoldung**

150 Gut ausgebildete und qualifizierte Lehr\*innen sind der Schlüssel für ein gutes und gerechtes  
151 Bildungssystem. Das muss sich auch bei der Bezahlung von Lehrkräften widerspiegeln. Für  
152 uns gilt der Grundsatz: gleiche Ausbildung, gleiche Eingangsbedingungen bei der Besoldung

153 und gleiche Arbeitsbedingungen in der Schule. Deshalb fordern wir zusammen mit den  
154 Gewerkschaften, die einheitliche Eingangsbesoldung nach A13.

155

### 156 **Arbeitsplatz Schule**

157 Wir müssen auch die Arbeitszeit der Lehrer\*innen unter Berücksichtigung der  
158 unterschiedlichen Arbeitsbelastung in den Blick nehmen.

159 Angesichts der Digitalisierung von Schule und der gültigen Datenschutzrichtlinien müssen  
160 Lehrer\*innen schnell dienstliche Geräte für dienstliche Aufgaben zur Verfügung gestellt  
161 bekommen. Man kann nicht laut nach „bring your own device“ schreien und anschließend  
162 die Verantwortung der und dem einzelnen übertragen. Dabei ist die der Frage, ob  
163 Schulträger oder Land für die Ausstattung verantwortlich sind, für die betroffenen  
164 Kolleg\*innen ohne Bedeutung.

165

166 Es ist ein Auftrag für alle Schulen, die Schüler\*innen auf das Leben und Lernen in einer  
167 digitalen Welt vorzubereiten, da die technischen Anforderungen immer komplexer werden.  
168 Die Schüler\*innen müssen auch im Rahmen der Medienpädagogik zusätzliche Kompetenzen  
169 erwerben, um sich mit den Gefahren der digitalen Welt auseinanderzusetzen und z.B. vor  
170 Cybermobbing zu schützen.

171

### 172 **Unterrichtsausfall/Lehrkräftemangel**

173 Lehrer\*innenmangel wird in den nächsten zehn Jahren weiterhin Thema auf allen Ebenen  
174 bleiben. Maßnahmen, wie die Einstellung von Seiteneinsteiger\*innen (mit verbindlichen  
175 pädagogischen und fachspezifischen Qualifizierungsmaßnahmen) und die Entlastung der  
176 Lehrkräfte und der Schulleitungen durch zusätzliche z.B. Verwaltungsassistenten und  
177 andere Fachkräfte, müssen aus unserer Sicht kurzfristig ergriffen werden. Wir brauchen eine  
178 massive Steigerung von Studienplätzen. Einen NC für Lehrer\*innen lehnen wir ab.

179

### 180 **Oberstufenreform- Abitur im eigenen Takt**

181 Schülerinnen und Schüler benötigen Freiräume für ihre persönliche und individuelle  
182 Entwicklung, dies muss auch in einem schulischen Kontext gefördert werden. Diese  
183 Freiräume benötigen auch einen zeitlichen Rahmen. Durch die Möglichkeit, das Abitur nun  
184 wieder in 13 Jahren absolvieren zu können, haben die Schülerinnen und Schüler ein Jahr  
185 mehr Zeit für die persönliche Entwicklung, da die Jahrgangsstufe 11 wieder hinzukommt. In  
186 diesem Kontext müssen Möglichkeiten für die berufliche Orientierung, soziales Engagement  
187 (z. B. freiwilliges soziales Jahr), internationale Vernetzung von Schülerinnen und Schülern (z.  
188 B. Schüler-Erasmus), Praktika etc. gefördert werden. Darüber hinaus können Schülerinnen  
189 und Schüler dieses Jahr nutzen, um Lerndefizite, die bis zur Klasse 10 entstanden sind,  
190 aufzuarbeiten. Auf der anderen Seite müssen aber auch Schülerinnen und Schüler  
191 unterstützt werden, die ihr Abitur in acht Jahren absolvieren möchten.

192

### 193 **Beschulung von eingewanderten Kindern und Jugendlichen**

194 Kinder und Jugendliche, die vor Krieg und Gewalt fliehen mussten oder eingewandert sind,  
195 brauchen größtmögliche schulische und sozialpädagogische Unterstützung. Gelingende  
196 Integration beginnt mit dem knüpfen von neuen sozialen Kontakten im Zusammenleben und  
197 –lernen mit den Mitschüler\*innen. Dies erleichtert auch einen schnelleren Spracherwerb  
198 (Stichwort „Sprachbad“). Neben täglichem Unterricht in „Deutsch als Zweitsprache“ müssen  
199 gemeinsamer Unterricht und Aktivitäten im Klassenverband stehen. Um gut und schnell  
200 Anschluss zu finden, sind kleine Klassen und eine ausreichende Anzahl von qualifizierten  
201 Lehrer\*innen und weiteren pädagogischen Fachkräften notwendig.

202

### 203 **Schulbau**

204 Auch im Bereich der Gebäude und des Schulbaus ist der Handlungsdruck groß: 34 Mrd. Euro  
205 beträgt der Investitionsstau an deutschen Schulen nach Angaben des Städtetags aktuell.  
206 Marode Schulgebäude, fehlende Klassenräume und Räume für Ganztagsangebote bei  
207 steigenden Schüler\*innenzahlen, Inklusion, Digitalisierung und neue pädagogische  
208 Unterrichtskonzepte begründen den immensen Investitionsbedarf für dringende  
209 Sanierungsmaßnahmen, sowie Aus- und Neubauten in vielen Schulen. Bei den Investitionen  
210 und Neubauten muss die Verbesserung der Qualität, im Sinne einer zukunftsgerechten  
211 Schulinfrastruktur im Fokus stehen. . Gute Schule 2020 ist weiterhin ein richtiger und  
212 wichtiger Schritt.

### 213 **Demokratie vs. Wirtschaft**

214 Die gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklungen bergen die erhebliche Gefahr, dass die  
215 aktive politische Beteiligung junger Menschen in den Hintergrund tritt. Das Erlernen von  
216 wirtschaftlichen Kompetenzen ist wichtig, aber dafür darf nicht auf Kosten des  
217 Politikunterrichts gehen. 20 Minuten in der Woche sind zu wenig. Stattdessen wollen wir  
218 Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft befähigen,  
219 ihre Rechte und Pflichten wahrzunehmen und ihre Interessen zu vertreten. Dies ist auch  
220 Aufgabe der politischen Bildung in der Schule. Politische Bildung vermittelt Toleranz,  
221 solidarisches Miteinander, Erlernen freiheitlich-demokratischer Spielregeln und  
222 Selbsterfahrung im politischen Umfeld. Dies muss weit über die von CDU und FDP  
223 geforderten Wirtschaftskompetenzen hinausgehen. Wir wollen wieder mehr Demokratie  
224 wagen und das gesellschaftspolitische Aufgabenfeld in der Schule stärken.

### 225 **Berufskollegs**

226 Berufskollegs haben eine grundlegende Bedeutung für das Bildungssystem. Der auch  
227 international herausragende Ruf der dualen Ausbildung in Deutschland beruht neben dem  
228 Lernort Betrieb insbesondere auf den Leistungen der Berufskollegs. Diese vermitteln  
229 berufliche Qualifikationen und integrieren Schüler\*innen in Beschäftigungssysteme. Sie sind  
230 eigenständige Lernorte, mit der beruflichen Praxis verzahnt und gleichzeitig Orte des

231 gemeinsamen Lernens. Ihre Leistungen müssen in der Öffentlichkeit mehr Anerkennung  
232 finden.

233 Ein steigender Anteil von jungen Menschen mit Hochschulzugangsberechtigung zeugt von  
234 gelungenem Bildungsaufstieg vieler Menschen. Dieser Anstieg ist auch ein Erfolg  
235 sozialdemokratischer Bildungspolitik. Neben dem Studium ist der Wert dualer Ausbildung zu  
236 betonen. Ein Berufsabschluss und solide berufliche Qualifikation ist weiterhin Grundlage für  
237 ein gelingendes Leben.

238 Die Berufskollegs sind deshalb kein Anhängsel der Bildungspolitik oder der dualen  
239 Ausbildung, sondern ein eigenständiger, gleichberechtigter und selbstbewusster Akteur.  
240 Sozialdemokratische Bildungspolitik muss sie fördern, die Politik sie wertschätzen.

#### 241 **Hochschule und Wissenschaft**

242 Das Thema „Hochschule und Wissenschaft“ gehört für uns natürlich zum Thema „Beste  
243 Bildung NRW – eine Leben lang“ dazu. Es wird eigenständig vom Wissenschaftsforum der  
244 NRWSPD bearbeitet. Bis zum kommenden Jahr wollen wir die Ergebnisse unserer Arbeit mit  
245 denen des Wissenschaftsforums verzahnen, um sie in den dann gemeinsamen Antrag  
246 aufzunehmen.

#### 247 **Aus – und Weiterbildung**

248 Kein Jugendlicher darf von der Schule in die Arbeitslosigkeit geschickt werden. Wir wollen  
249 für alle jungen Menschen, die eine Ausbildung beginnen wollen, einen Platz sicherstellen.  
250 Unser duales System der beruflichen Bildung bietet Auszubildenden beste Bildungschancen,  
251 gute Ausbildungsbedingungen und damit die Chance für die Teilhabe an der Gesellschaft und  
252 eine erfolgreiche berufliche Zukunft. Frühzeitige Information über die bestehenden  
253 Möglichkeiten müssen an Schulformen angeboten werden.

254 Weiterbildung muss in einer sich beschleunigt wandelnden Gesellschaft zur Grundlage jeder  
255 politischen Debatte werden. Wir werden auch hier die Schnittstellen innerhalb der  
256 Arbeitsgruppe nutzen, um konkrete Forderungen in diesem Bereich zu erarbeiten.

#### 257 **Strittige Themen diskutieren und Entscheidungen vorbereiten**

258 Zu den politischen Grundsatzentscheidungen, die in der bildungspolitischen Debatte vor uns  
259 liegen, gehören die Themen Schulstruktur, Umsetzung der schulischen Inklusion, die Frage  
260 nach den Zuständigkeiten und der inneren Organisation von Schule. Hier treffen sehr  
261 unterschiedlichen Einschätzungen und Erfahrungen unserer Expert\*innen in der  
262 Arbeitsgruppe Beste Bildung aufeinander und viele der Konfliktpunkte haben sich bereits in  
263 den regionalen Bildungskonferenzen bei der Diskussion mit der Parteibasis gezeigt. **Hier  
264 wollen wir im ersten Schritt Diskussionsräume schaffen, um diese Konflikte offen zu  
265 thematisieren und die Argumente austauschen zu können. Die Entscheidung der Partei  
266 und ihrer Gremien kann so für den nächsten Parteitag vorbereitet werden.**

267

#### 268 **Schulstruktur**

269 Die auf dem Hintergrund des Schulkonsenses zunehmende und bundesweit einmalige  
270 Zersplitterung der NRW-Schullandschaft wirft die Frage nach der Effektivität des  
271 Gesamtsystems auf und die Frage nach landesweit vergleichbaren Bildungschancen. Es stellt  
272 sich die Frage ob es „ein“ NRW Schulsystem überhaupt noch gibt. Die erzwungene  
273 Fortführung des Schulkonsens schadet den jungen Menschen in unserem Land. Wir müssen  
274 uns deshalb mit der Schulstruktur beschäftigen und letztlich entscheiden: setzen wir  
275 weiterhin - wie es unserer bisherigen Beschlusslage als Sozialdemokratie entspricht- auf die  
276 Überwindung des dreigliedrigen Schulsystems durch die Gemeinschaftsschule oder begeben  
277 wir uns auf den Weg von anderen Bundesländern, wie Bremen und Hamburg, die mit dem 2-  
278 Säulen-Modell, also dem Nebeneinander einer integrierten Oberschule und dem  
279 Gymnasium, mehr Kindern und Jugendlichen längeres gemeinsames Lernen ermöglichen?

280

### 281 **Inklusion**

282 Die Umsetzung der UN Behindertenkonvention bleibt weiterhin Aufgabe aller Schulen,  
283 unabhängig von der Frage der Schulstruktur in den weiterführenden Schulen.

284 Es kommen Schüler\*innen mit sehr unterschiedlichen Voraussetzungen und Bedürfnissen in  
285 das Schulsystem. Festzuhalten ist, dass es eine Schulpflicht für alle Schüler\*innen gibt und  
286 diese entsprechend der individuellen Bedürfnisse bestmöglich wohnortnah gefördert  
287 werden müssen. Ein inklusives Schulsystem muss allen Schüler\*innen gerecht werden. Ziel  
288 soll eine möglichst gleichberechtigte und selbständige Teilnahme an unserer Gesellschaft  
289 sein.

290 So wie wir heute das Problem der Abschulung, der selektiven Auswahl an den einzelnen  
291 Schulformen kennen und ablehnen, so darf es auch keine Ausgrenzung  
292 von Schüler\*innen mit Schwerstbehinderungen geben.

293 Die bisherigen Erfahrungen an den verschiedenen Schulen haben zu einer Uneinigkeit in der  
294 allgemeinen Bewertung geführt. Befürworter\*innen führen positive Beispiele gemeinsamen  
295 Lernens in integrativ und inklusiv arbeitenden Schulen als Ermutigung auf dem Weg zur  
296 Überwindung selektiver Strukturen an.  
297 Skeptiker\*innen geben zu bedenken, dass das Ziel des Inklusionsgedankens nicht in allen  
298 Schulformen zu erreichen ist und befürworten den Erhalt der Förderschulen als zweite Säule  
299 des Systems.

### 300 **Wer ist verantwortlich?**

301 Es wird immer wieder von der Verantwortungsgemeinschaft für unsere Schulen geschrieben  
302 und geredet. In der Realität führt die unklare Zuständigkeit für die Schulen dazu, dass  
303 Verantwortung zwischen Kommunen und dem Land, teilweise auch der  
304 Kultusministerkonferenz hin und her geschoben werden.

305 Wir wollen klären, wer in einer Schule mit multiprofessionellen Teams für das lehrende und  
306 nicht lehrende Personal verantwortlich ist? Wie und wo organisieren wir die Schulaufsicht?



307 Wir wollen einen „new deal“ zwischen Land und Kommunen über gemeinsame Standards  
308 beim Schulbau, in der Frage der Ganztagsangebote und bei der Inklusion. Wollen wir - und  
309 wenn ja, wie? - stärken wir die regionalen Bildungsnetzwerke und Kooperationen, um die  
310 Zusammenarbeit des Systems Schule mit den vielen Akteur\*innen vor Ort sicher zu stellen?  
311 Unser Ziel ist es, das man innerhalb von Deutschland umziehen kann, ohne in jedem  
312 Bundesland ein völlig neues Schulsystem vorzufinden.